

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages und Vanessa Behrendt (AfD)

Nachfragen zu: Cannabislegalisierung und Prävention: Wie gut ist Niedersachsen vorbereitet?

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages und Vanessa Behrendt (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 03.07.2025

In der Drucksache 19/7572 hat die Landesregierung auf unsere Anfrage zur Vorbereitung Niedersachsens auf die Legalisierung von Cannabis zum 1. April 2024 geantwortet. Die Antwort enthält Informationen zu bestehenden Strukturen, Programmen und Zuständigkeiten im Bereich der Sucht- und Präventionsarbeit.

Es gibt noch offene Fragen im Hinblick auf eine landesweit abgestimmte und dauerhaft finanzierte Präventionsstrategie zum Cannabiskonsum ebenso wie auf eine Aussage über die flächendeckende Anwendung evidenzbasierter Maßnahmen in den Kommunen und zentrale Strukturen wie den Landesfacharbeitskreis Suchtprävention oder die Rolle der Landesstellen bezüglich ihrer fachlichen Ausrichtung und praktischen Steuerungsfunktion.

Darüber hinaus soll geklärt werden, wie die Mittelverwendung konkret erfolgt, auf welcher Datengrundlage Maßnahmen bewertet werden und welche Ergebnisse aus bestehenden Programmen und Strukturen hervorgehen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich die nachfolgenden vertiefenden Fragen an die Landesregierung:

1. In welchem Umfang wurden die zusätzlichen 500 000 Euro konkret für Maßnahmen im Bereich Cannabisprävention verwendet, und wie verteilen sich diese Mittel auf einzelne Projekte, Programme und Träger?
2. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung bislang keine eigenen Studien, Modellprojekte oder landesfinanzierten Förderprogramme zur Begleitung der Cannabislegalisierung initiiert - etwa zur Abschätzung gesamtgesellschaftlicher Auswirkungen, zur Prävention oder Aufklärung -, und warum wird stattdessen ausschließlich auf eine spätere Evaluation auf Bundesebene verwiesen?
3. Wie unterscheiden sich die Aufgabenbereiche der Landesstelle für Suchtfragen, der Landesstelle Jugendschutz und des Landespräventionsrats Niedersachsen konkret hinsichtlich ihrer Zuständigkeit für Prävention, Aufklärung und Koordinierung im Bereich Cannabis, und welche Maßnahmen hat die Landesregierung gegebenenfalls getroffen, um Doppelstrukturen, Ressourcenkonkurrenzen oder Zuständigkeitsüberschneidungen zwischen diesen Einrichtungen zu vermeiden? Aus welchen Haushaltsmitteln wurden die drei Einrichtungen im Jahr 2024 bzw. 2025 ausgestattet, und in welchem Umfang entfallen diese Mittel auf cannabispezifische Maßnahmen?
4. Wer genau wurde bislang aus den jeweiligen Ressorts in den Landesfacharbeitskreis Suchtprävention entsendet, über welches suchtpräventionsspezifische Fachwissen verfügen die entsandten Personen konkret, und inwiefern verfügen sowohl die ordentlichen als auch die beratenden Mitglieder über Mitbestimmungs-, Stimm- oder Vetorechte innerhalb des Gremiums?
5. Welche konkreten Programme, Materialien und digitalen Angebote zur Cannabisprävention stehen niedersächsischen Schulen aktuell zur Verfügung, und welche dieser Maßnahmen werden offiziell empfohlen, landesseitig bereitgestellt oder mitfinanziert?

6. Welche konkreten Inhalte oder Aussagen werden im Rahmen der schulischen Cannabisprävention unter dem Begriff „Mythen“ geführt, die entkräftet werden sollen, und auf welcher fachlichen Grundlage erfolgt diese Bewertung als nichtzutreffend oder irreführend?
7. Über wie viele Haupt- und Nebenstellen verfügen die Fachstellen für Sucht und Suchtprävention (FSS) in Niedersachsen insgesamt, und welche dieser Stellen wurden bislang mit dem „Grünen Koffer - Methodenset Cannabisprävention“ ausgestattet?
8. Welche konkreten Evaluationsergebnisse liegen der Landesregierung zum „Grünen Koffer - Methodenset Cannabisprävention“ vor, und auf welcher wissenschaftlich-pädagogischen oder suchtpreventionsfachlichen Grundlage wurde entschieden, dieses Instrument flächendeckend einzusetzen?
9. Um welches Dokumentationssystem handelt es sich konkret bei „Dot.sys“, welche Einrichtungen, Fachstellen und Programme in Niedersachsen sind aktuell daran angeschlossen, wer nutzt das System aktiv zur Dokumentation suchtpreventiver Maßnahmen, und wer hat Zugriff auf die erfassten Daten sowie die Möglichkeit zur Auswertung? Es wird um eine vollständige Auflistung der angeschlossenen bzw. regelmäßig dokumentierenden Stellen gebeten.
10. Auf welche konkreten Erfahrungen der Fachstellen für Suchtprävention bezieht sich die Landesregierung bei der Aussage, die Schulsozialarbeit spiele eine zentrale Rolle in der Cannabisprävention, und welche dokumentierten Rückmeldungen, Evaluationsdaten oder Praxisberichte liegen dazu vor?
11. Welche konkreten Inhalte werden im Rahmen des Fortbildungsangebots MOVE im Bereich rechtliche Aspekte sowie zur Suchtentwicklung im Jugendalter vermittelt, und auf welchen wissenschaftlichen oder pädagogischen Grundlagen beruhen diese Inhalte?
12. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung bislang keine eigenen Untersuchungen, Zwischenberichte oder Frühindikatoren zum Cannabiskonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen in Auftrag gegeben oder aus bestehenden Erhebungsinstrumenten extrahiert, während nach eigener Aussage derzeit keinerlei belastbare Daten zur Entwicklung vorliegen?
13. Welche konkreten Einzelbeobachtungen im Zusammenhang mit veränderten Konsummustern oder Verhaltensauffälligkeiten nach der Teillegalisierung von Cannabis sind der Landesregierung bekannt, aus welchen Regionen, Institutionen oder Fachbereichen stammen diese Rückmeldungen, und in welcher Form wurden sie dokumentiert oder ausgewertet?
14. Aus welchen konkreten Gründen wurde der Landesfacharbeitskreis Suchtprävention nicht vor Inkrafttreten des Cannabisgesetzes am 1. April 2024 einberufen, sondern danach am 5. Juni 2024 reaktiviert, und wer traf diese terminliche Entscheidung?
15. Wer sind die Mitglieder des Landesfacharbeitskreises Suchtprävention, aus welchen Behörden, Ressorts oder Institutionen wurden sie entsandt, und in welcher Funktion nehmen sie an der Arbeit des Gremiums teil? Es wird um eine vollständige Auflistung der entsandten Personen und ihrer institutionellen Zuordnung gebeten.
16. Welche konkreten Ergebnisse oder Handlungsempfehlungen hat der Landesfacharbeitskreis Suchtprävention seit seiner Reaktivierung am 5. Juni 2024 im Zusammenhang mit der Cannabislegalisierung erarbeitet und verabschiedet?
17. Aus welchen Gründen verzichtet die Landesregierung darauf, systematisch zu erfassen, welche niedersächsischen Kommunen evidenzbasierte Präventionsprogramme aus der „Grünen Liste Prävention“ einsetzen, und wie will sie ohne eine solche Datengrundlage sicherstellen, dass landesweit wirksame, qualitätsgesicherte Maßnahmen zur Cannabisprävention durchgeführt werden?
18. Welche niedersächsischen Kommunen verfügen derzeit über einen kommunalen Präventionsrat und welche nicht? Es wird um eine vollständige Auflistung nach Landkreisen, Städten und Gemeinden gebeten.

19. Welche konkreten Maßnahmen sind derzeit gegebenenfalls geplant oder in Vorbereitung, um die dauerhafte Finanzierung sowie die personelle Kontinuität der Fachstellen für Sucht- und Suchtprävention in Niedersachsen sicherzustellen? Der Verweis auf die Antwort zu Frage 15 bei Beantwortung einer entsprechenden Frage in der Drucksache 19/7252 liefert hierzu keine nachvollziehbare inhaltliche Aussage - wir bitten daher um eine konkrete, differenzierte Darstellung der geplanten Struktur- und Finanzierungsstrategie.
20. Wie viele Maßnahmen zur spezifischen Cannabisprävention wurden seit 1995 landesweit umgesetzt und in welchen Bereichen (z. B. Schule, Jugendhilfe, Polizei, Gesundheitswesen)? Bitte in Fünfjahresschritten aufschlüsseln.
21. Welche Haushaltsmittel wurden in Niedersachsen in den Jahren 1995, 2000, 2005, 2010, 2015, 2020 sowie jeweils jährlich 2024 und 2025 konkret für Cannabisprävention im Rahmen der niedersächsischen Suchtpräventionsstrategie veranschlagt, und welcher Anteil dieser Mittel entfiel jeweils auf Projekte, Personal, Fortbildungen sowie auf kommunale oder schulische Maßnahmen (ebenso bitte die Begründungen der jeweiligen Veränderungen der Haushaltspläne mitteilen)?
22. Welche konkreten Daten, Erfahrungswerte oder fachlichen Rückmeldungen hat das Land Niedersachsen gegebenenfalls bislang zur angekündigten Evaluation des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) auf Bundesebene beigesteuert oder plant noch beizusteuern, um eine belastbare Bewertung der Auswirkungen in Niedersachsen zu ermöglichen?
23. Welche evidenzbasierten Maßnahmen aus der „Grünen Liste Prävention“ oder vergleichbaren Quellen werden nach Einschätzung der Landesregierung derzeit schwerpunktmäßig in niedersächsischen Kommunen eingesetzt, und in welcher strukturierten Form erfolgt die landesweite Vernetzung der kommunalen Suchtpräventionsakteure zur fachlichen Abstimmung und Qualitätssicherung?